

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

52 (2.3.1907) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Einlage täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.62 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zulsenstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 5144.
Erschienen der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 52.

Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 2. März 1907.

27. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Der Roman befindet sich im zweiten Blatt.

Von der „ausländigen“ Presse.

Die Entwicklung des Zeitungswesens hat dahin geführt, daß eine große Anzahl kapitalistischer Blätter teils von Finanz- und Unternehmergruppen „alimentiert“, das heißt durch Zuwendungen verschiedener Art unterstützt und unterhalten wird, teils direkt in die Hände solcher Interessentengruppen gelangt ist. Natürlich werden diese Kontributionen nicht alljährlich Behntausende, manchmal sogar Hunderttausende von Mark auf — nur um für die „nationale Ehre“ Deutschlands, für die Erhaltung der „patriotischen Stimmung“, die „Sittlichkeit des Familienlebens“ oder dergleichen zu kämpfen. Der Zweck, den die hohen Herren von Wammons Gnaden mit ihren Unterhaltungen und „patriotischen“ Opfern verfolgen, ist ein anderer. Das von ihnen unterhaltene Blatt hat sich in den Dienst ihrer Interessen, ihrer Geschäftspolitik zu stellen und für diese die sittlich-nationale Verdrängung zu liefern; es hat ferner solche sozialpolitischen Maßnahmen zu bekämpfen, welche die finanziellen oder industriellen Profite der betreffenden Clique beeinträchtigen könnten, und es hat drittens unausgesetzt die Sozialdemokratie zu verächtlichen und zu verleumdenden. Wird diese Arbeit von den Redaktionen nach Wunsch der Interessenten geleistet, dann können die hochverehrten Herren sehr generös sein. Herr Bronsbein, der Leiter der Post, bezog z. B. unter dem Vorwand der höchst minimalen Leistungen, trotz der länderübergreifenden Unterbilanz des Blattes, ein Gehalt von über 18 000 Mk. Der Kampf für die nationale Stimmung rentiert sich also.

Die Nachfrage dieser Pressebesitzer nach Verleumdungskartell und Notizen gegen die Sozialdemokratie hat zur Gründung und Herausgabe allerorts antisozialdemokratischer Korrespondenzen geführt. Wichtig ist die Antisozialdemokratische Korrespondenz zu nennen, die mit Unterstützung hoher Offiziere von Herrn Max Lorenz, einem früheren Redakteur der Leipziger Volkszeitung, herausgegeben wird, der sich in rassistischer Reihenfolge vom Sozialdemokraten zum Nationalsozialisten und schließlich zum Philosophen des Konservatismus durchgerechnet hat. Was die Sache angeht, so steht dieses Ergebnis der modernen Zeitungsliteratur doch immerhin noch auf einem verhältnismäßig hohen Standpunkt, da trotz seiner eigenartigen, modernen Entwicklung Herr Lorenz sich noch etwas Wohlwollen bewahrt hat. Viel tiefer als diese Korrespondenz steht die vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie — der Leiter dieses Verbandes ist bekanntlich der Generalmajor von Liebert — herausgegebene Verleumdungskorrespondenz, die, wie der letzte Geschäftsbericht dieses laubhaften Verbandes mitteilt, regelmäßig an 1275 deutsche Zeitungen verandt und, da der Abdruck von Notizen aus dieser Reichs-Dresspfeife nichts kostet, von einem großen Teil dieser Blätter, bei dem das Reichsblatt nicht ausgenommen ist, eifrig benutzt wird. Vornehmlich die kleine konservative Kreis- und Landratspresse bezieht aus dieser Korrespondenz einen großen Teil ihrer politischen Kost.

Mit diesen beiden Spezialkorrespondenzen ist jedoch die Verleumdungsmaschine nicht erschöpft. Die ganze Nachfrage der oben charakterisierten Unterhaltungs- und antisozialdemokratischen Notizen hat die Herausgeber einiger Berliner Korrespondenzen, die sich früher hauptsächlich mit der Berichtserstattung über lokale Vorfälle, mit Sport- und sozialpolitischen Angelegenheiten befaßten, dazu bewegen, sich ebenfalls mehr oder weniger mit der Publikation von antisozialdemokratischen Verleumdungskorrespondenzen zu beschäftigen. Warum auch nicht? Während die Lokal- und sozialpolitischen Mitteilungen oft wenig Beachtung finden, können die Verleumdungen über sozialdemokratischen Terrorismus, gegenwärtig die Unterhaltungen über die Segelgasse des sozialdemokratischen Parteivorstandes auf höheren massenhaften Abdruck in der kapitalistischen Presse rechnen; sie bringen also etwas ein — und schließlich ist es doch durchaus nicht schwerer zu erfinden, daß in der Müllerstraße ein Dienstmädchen aus dem Fenster gestürzt ist, als daß in einem Weinlokal des Westens Bebel fünf Flaschen „Senseltrinken“ getrunken oder Mollenbuh in den Wammonsen Kaufan getanzt hat. Im Gegenteil, die Maschinerie ist viel bequemer und leichter. Nötig ist dazu nur etwas Erfindungsgabe und das Studium der Parteimachtberichte, Verleumdungsberichte und der gesellschaftlichen Notizen einiger größerer Parteiblätter. Daneben wird mit ganz besonderer Vorliebe das Mittelungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins benutzt. Es ist z. B. in einem dieser Blätter, daß der letzte Sozialabend schlecht besucht war, so steht sich der Herausgeber solcher Korrespondenzen hin und schreibt etwa folgende Notiz:

Die Erbitterung der „Genossen“ über das Verhalten der Herren Obergrossen, der wohlhabendsten Parteifunktionäre, schlägt immer höhere Hagen. Die einseitigen Elemente des Arbeiterverbandes haben es satt, den feindseligen Parteiführern fernerhin ihre schwererarbeiteten Groschen zur Verfügung zu stellen. Sie streifen. Die letzten Zahlende waren, wie das Mittelungsblatt des Berliner Aktionsausschusses wider Willen gegeben muß, bereits sehr schlecht besucht, und

die um ihre schönen Einkünfte besorgten Herren Funktionäre fordern ihre Herde mit den üblichen Kraftproben auf, sich künftig zahlreicher einzustellen usw.

Am nächsten Tage steht diese perfide Stillübung in der betreffenden Korrespondenz, und nach einigen weiteren Tagen findet man sie im größten Teile der kapitalistischen Presse von der Nationalzeitung bis zur Post und der Deutschen Tageszeitung. Da jedes dieser Blätter für die Aufnahme zu zahlen hat, so macht der Verfasser der Verleumdungsnotizen ein schönes Geschäft, das ihn zu weiteren Verleumdungen auf diesem Gebiete der Sittlichkeitsrettung anfeuert. Nach einigen Tagen liest er, der Vorstand des und des Wahlvereins hätte eine Erhöhung der Vereinsbeiträge um 10 Pfg. pro Monat vorgeschlagen. Ein gefundenes Fressen! Begeistert nimmt der Herausgeber der Korrespondenz wieder seine Feder zur Hand und schreibt:

Die sozialdemokratische Kriegskasse ist durch den letzten Wahlkampf völlig erschöpft. Die Wahlflugblätter und die Reisen der Herren Agitatoren haben ein Geldvermögen gekostet, denn bekanntlich wissen die Wahlredner, auch die dritten, vierten Ranges, die Annehmlichkeit eines guten Hotels und eines reichhaltigen Soupers zu schätzen. Sie folgen darin ihren großen Vorbildern Singer und Bebel, die, wie festgehalten worden ist, kürzlich in einem feinen Weinlokal des Westens des Kaisers Geburtstag mit Campagner gefeiert haben. Es ist also nötig, die Kriegskasse wieder zu füllen. Der Arbeiter soll aufs neue geschöpft werden usw.

So wirds gemacht. Hat man einige Zeit dieses Treiben verfolgt, kann man beinahe mit Sicherheit voraussetzen, in welcher aufgeputzten Form eine Notiz, die in irgend einem anderen Parteiblatt gestanden hat, in den darauffolgenden Tagen durch gewisse Blätter von der Qualität der Post, Nationalzeitung, Staatsbürgerzeitung, Täglichen Rundschau usw. laufen wird.

Besonders haben sich in letzter Zeit die Verfasser solcher Notizen darauf verlegt, sogenannte „Beispiele“ von sozialdemokratischem Wahlerterrorismus oder von Selbstverleumdungen durch gewerkschaftliche Massenbeamtete zu fabrizieren. Zur Illustration der Masche können folgende Proben dienen:

In Nr. 62 der Kreuzzeitung heißt es:

— Ah, aus vielen Gegenden Deutschlands kommen Klagen über sozialdemokratische Agitatoren bei den letzten Wahlen. Viele Geschäftsleute wurden durch vorsichtige, aber verständliche Drohungen genötigt, Beiträge in die sozialdemokratischen Wahlkassen zu zahlen. Bieleicht der bedenkliche Fall dieser Art hat sich in Groß-Richterfelde zugetragen. Dort wurde einem Tischlermeister von seinen Gesellen bedeutet, sie würden, wenn er überhaupt am Wahltag aus dem Hause ginge, um zu wählen, am anderen Tage die Arbeit einstellen. Da der Tischlermeister eilige Arbeiten abzuliefern hatte und durch das Wegbleiben seiner Gesellen einen empfindlichen Schaden befürchtete, gab er dem Druck nach und hieß am Tage der Abstimmung zu Hause.

Wer die Masche kennt, weiß sofort, daß es sich um eine erfindene Verleumdungsnote handelt. Ein Tischlermeister in Groß-Richterfelde? Wer, welcher? Es ist ein beliebiger Trid solcher Notizenfabrikanten, weder genaue Namen zu nennen, noch den Ort (Straße und Nummer) zu bezeichnen. Ihre Klagen über sozialdemokratischen Terrorismus beginnen meist: „Ein Schneidermeister in Köln.“ — „Ein wohlhabender Bäckermeister in Hamburg.“ — „Eine Fabrik in Westfalen.“ Auf diese Weise entgehen nämlich die Herren dem Schicksal, daß ihnen ihre Lügen als Lügen nachgewiesen werden.

Indes kann man von einfachen Arbeitern nicht verlangen, daß sie schon aus der äußeren Form einer Zeitungsnote erkennen, was von ihr zu halten ist. Unsere Genossen in Groß-Richterfelde gaben sich deshalb die Mühe, in Groß-Richterfelde bei allen Tischlermeistern nachzufragen, ob sich in ihrer Werkstatt dieser Fall ereignet hätte. Das Ergebnis war überraschend. Es stellte sich heraus, daß keiner der Tischlermeister Groß-Richterfelde etwas von der Sache wußte. Die Notiz war von der ersten bis zur letzten Silbe erlogen.

Politische Uebersicht.

Preußen in Braunschweig voran.

Das Bestreben preussischer Inlandsdiplomaten, Braunschweig dauernd dem Königreich Preußen einzuverleiben, hat einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Der Bundesrat hat nämlich am Donnerstag beschlossen, „seine Ueberzeugung dahin auszusprechen“, daß, solange der Herzog von Cumberland nicht feierlich und förmlich seinen Verzicht auf Hannover ausgesprochen habe, solange er oder ein Mitglied seines Hauses Ansprüche auf preussische Gebietsteile erhebe, „auch die Regierung eines andern Mitglied des herzoglichen Hauses Braunschweig-Lüneburg in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, selbst wenn dieses Mitglied gleichzeitig mit dem Verzicht der übrigen Mitglieder des Hauses auf Braunschweig seinerseits für sich und seine Descendenz allen Ansprüchen auf das frühere Königreich Hannover enttaut.“

Der Sinn dieser juristischen Casusfrage ist: „Es darf kein Cumberland sein, weil es ein Hohenzoller oder doch ein getreuer „Kofall“ Hohenzollern sein muß.“ Im übrigen aber ist der Beschluß des Bundesrats ein Unfuss sowohl in seinen tatsächlichen Voraussetzungen wie in seinen staatsrecht-

lichen Schlüssen. Ein Unfuss ist es, dem alten Herzog von Cumberland nachzusagen, er erhebe Ansprüche auf preussische Gebietsteile. Das fällt dem alten Herrn gar nicht ein, vielmehr hat er sich bloß noch immer nicht zu der patriotischen Wahrheit bekannt, daß die Enthronung seines Vaters durch den großen Berliner Wetter, die Konfiskation des Kronrums und die Annexion des Landts durch Preußen i. J. 1866 eine herrliche nationale Tat gewesen sei. Sein Sohn Ernst August aber hat den Verzicht auf Hannover, (den man vom Cumberland förmlich verlangte, weil man wußte, er könne ihn ohne tiefste Selbstentwürdigung nicht erklären) mit aller wünschenswerten deutschen Bestimmtheit ausgesprochen. Aber schon damals war in der nationalliberalen und freisinnigen preussischen Regierungspresse zu lesen, daß helfe gar nichts; denn auch wenn die ganze Herzogsfamilie den Verzicht auf Hannover ausgesprochen sollte, so könne Preußen nie dulden, daß ein Waise den Thron von Braunschweig besteige.

In Preußen geschieht aber alles von „rechts wegen“, darum mußte eine Form gefunden werden, um die faktische Vererbungs- und Gottesgnadentum, die hier getrieben wird, patriotisch-rabulistisch zu verkleiden. Darum läßt man den Bundesrat seine „Ueberzeugung“ aussprechen, die die Braunschweiger staatsrechtlich nicht angeht, da die Bestimmung der Staatsform Braunschweigs und der etwaigen Thronfolge nach der Reichsverfassung keine was angeht als die Braunschweiger selbst. Diese Vermessen fragt man aber gar nicht, ob sie die Monarchie oder die Republik haben wollen, sondern verlangt von ihnen einfach Liebe und Treue zu dem unbekanntem zukünftigen Landesvater, den Preußen über sie verhängen wird.

Deutsche Politik.

Die Sozialdemokratie in den Kommissionen des Reichstags.

Es wurden von der Fraktion bestimmt für: Geschäftsordnung Singer (Die); Ausschmückung des Hauses Singer; Bibliothek Die; Budget: Bebel, Ledebour, Singer. Petitionen: Ged, Sasse, Schwarz. Rechnungsprüfung: Ulrich, Seibertz. Wahlprüfung: Fischer (Genr). Arbeiterstatistik: Legien, Robert Schmidt.

Die übrigen Mitglieder der Fraktion, welche am bestimmten einzelnen Materien dieser Kommissionen interessiert sind, wechseln zur richtigen Zeit mit den ständigen Mitgliedern den Platz.

Ueber die Religionsverhältnisse unserer Reichstagsabgeordneten

entnehmen wir den Anshängebogen von Kürschners Deutscher Reichstag (Herm. Illiger, Berlin W. 9. Preis 60 Pf.), der am 7. März zur Ausgabe gelangt, folgende Angaben: Ihrer Konfession nach sind: 220 evangelisch (darunter 54 lutherisch, 3 reformiert), und zwar 56 Konfessionlos, 50 Nationalliberale, 25 Freisinnige, 21 Reichspartei, 17 Wirtschaftliche Vereinigung, 14 Freisinnige Volkspartei, 11 Sozialdemokraten, 8 Bildkonservative, 7 Volkspartei, 5 Reformpartei, 3 Wilde, 1 Welse, 1 Däne, 1 Estländer; 141 katholisch, und zwar 103 Zentrum, 20 Polen, 5 Estländer Zentrum, 3 Unabhängige Vorkämpfer, 3 Nationalliberale, 2 Konfessionlos, 2 Sozialdemokraten, 1 Reichspartei, 1 Freisinniger, 1 Bild-Konservativer; 18 konfessionslos (17 Sozialdemokraten, darunter 1 religionslos, 1 Freisinniger); 5 Dissidenten (Sozialdemokraten); 5 freireligiös (4 Sozialdemokraten, 1 Wilder); 3 Israeliten (Sozialdemokraten); 2 altkatholisch (1 Nationalliberaler, 1 Reformpartei); 1 Menonit (nizalischer Bund der Landwirte); 1 nicht angegeben (Sozialdemokrat, aus prinzipiellen Gründen). 1903 wurden gewählt: 199 Evangelische, 140 Katholiken, 44 Konfessionslose und Dissidenten, 5 Freireligiöse, 4 Israeliten, 2 Altkatholiken, 1 Menonit.

Protest gegen die Wahl Wöhles.

Wie die bürgerlichen Blätter melden, ist gegen die Wahl des Genossen Wöhle zum Reichstagsabgeordneten für Straßburg-Stadt jetzt Protest erhoben worden. Der Einspruch ist unterzeichnet von einer Anzahl Mitglieder des liberalen Wahlkomitees.

Südtwestafrikanische Denkschrift.

Dem Reichstage ging die vom Großen Generalstab ausgearbeitete Denkschrift über den Verlauf des Aufstandes in Südtwestafrika zu. Sie schildert den Verlauf der Operationen seit November 1906 und schließt: Eine weitere Verminderung der Truppen läßt sich nur allmählich durchführen. Mit der bereits angekündigten Verminderung auf 7400 Mann bis zum Schluss des Rechnungsjahres 1908 ist vielmehr die Zahlengrenze erreicht, die für die nächste Uebergangszeit nötig und auch mit Rücksicht auf das erforderliche Herausziehen der Heimatskontingente bis 1. April 1907 überhaupt möglich ist. Nach der fortschreitenden Abwicklung, vor allem aber nach der weiteren Erschließung des Landes durch Eisenbahnen wird sich das Maß der Zurückziehung der Truppen regeln müssen. — Besonders ist eine Fortführung der Bahn bis Keetmanshoop aus militärischen Gründen nach wie vor dringlich; ohne diese Bahn ist die Truppe im Süden noch immer auf die Zufuhr aus dem englischen Gebiet angewiesen. Die englische Grenze ist aber wiederholt, so auch von neuem seit Mitte Januar, von der Regierung gesperrt worden. Die Eisenbahnen sind das sicherste Mittel, um mit geringeren Truppenstärken auszukommen, und gewähren allein die Möglichkeit schneller Truppenverschiebungen im Falle einer Gefahr. Was die militärische Ent-

wicklung eines Gebietsteiles auf längere Dauer in unruhigen Zeiten bedeutet, hat die Entwicklung der nun beendeten Aufstände gelehrt.

Deshalb müssen neue Millionen bewilligt werden. Das steht zwar nicht ausdrücklich in der Denkschrift, ist aber die Quintessenz ihres Inhalts.

Das großmütige Junkerparlament.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch, die von den Staatsanwaltschaften in Halle, Magdeburg und Erfurt nachgesuchte Genehmigung zur Strafverfolgung der sozialdemokratischen Redakteure Mollenbuh, Wittmack und Dornheim wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses nicht zu erteilen, da es für die Beurteilung der vorliegenden Fälle entscheidend sei, ob die Beleidigungen schon vor der Warnung, die mit der früher beschlossenen Genehmigung zur Strafverfolgung beabsichtigt sei, erfolgt seien, „was tatsächlich der Fall sei.“

Seine Verfolgung wird die sozialdemokratische Presse abhalten, das Dreiklassenparlament von Wahlrechts-Gnaden mit der Schärfe zu bekämpfen, die bei seinen Taten notwendig ist.

Nix liberal!

Die Kreuzzeitung ist selbst von der mehr als nichtsagenden Haltung des Fürsten Billow gegen die liberalen Forderungen erbolt und berabreicht ihm einige Nachschläge:

Die erhabene Art, mit der der Reichskanzler von den Parteien in sprach, wird ihm auf keiner Seite reine Sympathien einbringen. Wir hoffen und wünschen, daß in den Parteien zwischen v. Seydewitz und Bajer ein modus vivendi hergestellt wird, aber auf eine Mischung von konservativem und liberalem Geiste wird die Welt und mit ihr Fürst Billow wohl für immer verjagt sein müssen. Seit Oktober 1900 hat der Reichskanzler eine leidlich konservative Politik gemacht. Jetzt will er zwar nicht liberal regieren, aber doch den liberalen Wünschen, sofern sie nicht wirtschaftspolitischer Art sind, also mehr auf geistigen Gebieten liegen, „entgegenkommen“. Wir sind gespannt darauf, wie er das mit der heutigen Arbeit, die viel konservativer ist als die des vorigen Reichstages, durchsetzen will.

Wir sind nicht gespannt darauf, weil Billow die Absicht, den Liberalen Zugeständnisse zu machen, überhaupt nicht hat.

Badische Politik.

Auf den Empfindlichen

spielt sich der Bad. Landeshöfing hinans, weil wir uns erlauben, ihn wegen seiner Stellung zu dem Artikel der Südd. Reichsforst, in welchem unsere Partei und speziell unser Abgeordneter Genosse Adolf Ged in verächtlicher Weise beleidigt wurden, anzuschlagen. Der Bad. Landeshöfing spielt sich dabei wieder als Lehrmeister des guten Tonens auf. Als ob es in diesem Falle auf den Ton ankäme, den wir dem Artikel der S. N. A. gegenüber angeschlagen haben. Gegenüber dem Bad. Landeshöfing war unser „Ton“ durchaus sachlich, es lag also für dieses Blatt gar kein Anlaß vor, sich darüber zu entrüsten. Freilich darf man diese Entrüstung nicht ernst nehmen, sie ist ja nur eine Ausrufe. Die Redaktion des Bad. Landeshöfing hat ja überhaupt keine Stellung zu dem Artikel der S. N. A. genommen. Bieleicht auch wegen des Tonens, den das offiziöse Blatt anzuschlagen beliebt!

Seitdem die Demokraten den Anschlag noch recht gefanden haben, sind sie sentimental geworden. Sie halten jetzt sehr viel auf „guten Ton“. Wir sind nun zwar auch keine Freunde der Klippigkeit; allein auf einen groben Mlog gehört ein grober Keil. Sentimentalität in der Politik ist immer ein Zeichen von Schwäche. Im übrigen ist es uns herzlich gleichgültig, was der Bad. Landeshöfing von uns denkt und hält.

Ein Zentrümker.

W. Bruchsal. Im benachbarten Forst ist während der Wahlzeit am politischen Himmel ein neuer „Stern“ in der Person des Landwirts Reinhold Laier ausgegangen. In einer seinerzeit im Wesen des Bürgermeisters und Farre's abgehaltenen Volksvereinsversammlung wollte dieser große „Zeitgeist“ auch sein politisches Licht leuchten lassen, das schon an Unfuss grenzt — und muß man wirklich die Zuhörer bedauern, denen solcher Kohl vorgelesen wird, denn er verkleinert der erstauten Zuhörerschaft, daß auf der Erde Fleck- und Simmentaler-Vieh, also schädliches, herumlaufe und scheidig seien auch die Parteien zusammengelegt. Des weitern verglich berielte die im Wahlkampf stehenden Parteien mit einem Rübamer-Samann (Aul); denn es sei einmal ein Bauer mit seinem Ochsenpflug auf das Feld hinausgefahren und besäte drei Acker mit Rübamer; auf dem mittleren Acker gäbe die schönsten Rübren, während auf den zwei nebenliegenden Aekern die Rübren in bunten Farben und Größen emporwachsen, dieses seien die andern Parteien. Aber nicht nur in den Parteien sehe es so scheidig aus, auch auf dem dortigen Rathaus. Da seien auch Leute hinaufgewählt worden (gemeint waren die leztgewählten Ausschussmitglieder aus dem Arbeiterstande), denen die — Rübamer noch anhängen. Freilich liebten sich die jüngstgewählten Vertreter des Arbeiterstandes im Bürgerausschuss dieser Ausdrück nicht gefallen und strengten deshalb Klage an, die mit der Verurteilung zur Abladung einiger Reichsmärkte seitens dieser Zentrümgröße endete. M

